

## PRESSEMITTEILUNG

### **Bauprognose 2009: Weiterer Einbruch beim Wohnungsbau wird spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen auslösen**

**Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau prognostiziert einen erneuten historischen Tiefstand im Wohnungsbau**

**Statt Abwrackprämie für Autos sollte die Bundesregierung über eine sofort wirksame Umweltzulage im Wohnungsbau nachdenken**

Berlin, 28. April 2009 – Der Wohnungsneubau wird nach nur 148.000 in 2008 genehmigten Wohnungen einen erneuten, extremen Tiefwert erreichen. Nach einer Prognose der Münchner BauMarktforschung im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau (DGfM) wird sich der Negativ-Trend der vergangenen Jahre fortsetzen. Im Februar 2009 wurden im Ein- und Zweifamilienhausbereich 16 Prozent weniger Wohnungen als im Vorjahreszeitraum genehmigt, bei den Mehrfamilienhäusern lag der Rückgang sogar bei 17 Prozent. Um den absehbaren Wohnungsmangel, insbesondere in Ballungsgebieten, schnell zu begegnen und einen weiteren Arbeitsplatzverlust im Wohnungsbau zu vermeiden, schlägt die DGfM die kurzfristige Einführung einer Umweltzulage für einen nachhaltigen Wohnungsbau vor. Im Gegensatz zu einer Abwrackprämie für Autos, bei der ein großer Teil der Gelder ins Ausland fließt, könnte eine Umweltzulage für einen nachhaltigen Wohnungsbau den konjunkturellen Einbruch durch lokale Nachfrage abfedern und die Binnenkonjunktur sinnvoll stärken.

Auch die Zahlen der KfW-Bankengruppe belegen die Notwendigkeit, nachhaltigen Wohnungsbau mit einer Umweltzulage zu fördern. So liegen die Zusagevolumina im Förderprogramm „Ökologisch Bauen“ 23 Prozent unter den Werten des Vorjahreszeitraums. Eine direkt gewährte Umweltzulage könnte hier zielgenau helfen, die derzeit von Banken geforderte ungewöhnlich hohe Eigenkapitalquote zu erreichen.

Dr. Ronald Rast, Geschäftsführer der DGfM, verweist auf die Lage der Beschäftigten im Bausektor: „Durch die negative Entwicklung im Baubereich haben in den vergangenen Jahren schon 700.000 Beschäftigte in Bauwirtschaft, Handwerk und bei freien Berufen ihren Arbeitsplatz verloren. Das sind so viele, wie in der gesamten deutschen Automobilindustrie direkt beschäftigt werden. Wenn die öffentliche Hand hier nicht mit sofort wirkenden Investitionszulagen eingreift“, so Dr. Rast weiter, „muss in den nächsten Monaten allein im Wohnungsbau mit einem weiteren Verlust von über 100.000 Arbeitsplätzen gerechnet werden.“

Neben den konjunkturellen Effekten würde eine Umweltzulage zudem ein effektives Zeichen für den Klimaschutz setzen, denn nachhaltiger Wohnungsbau reduziert den Energieverbrauch von Gebäuden um bis zu 80 Prozent. Mit einer Umweltzulage sollten alle Neubauten unkompliziert und schnell gefördert werden, die den Bedingungen der KfW-Effizienzhäuser entsprechen. Der Vorteil der Energieeinsparung ist bezifferbar: Liegt der Energieverbrauch eines 50 Jahre alten Einfamilienhauses bei durchschnittlich 250 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr, würde diese Größe bei einem mit der Umweltzulage geförderten

Neubau unter 70 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr liegen. Dies entspricht einem Einspareffekt mit dem Faktor vier. Die Umweltzulage sollte in einer Höhe von 100 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnfläche mit vollzogenem Baubeginn gewährt und könnte pro Wohnungseinheit auf maximal 15.000 Euro begrenzt werden.

Dr. Rast betont den Synergieeffekt einer Umweltzulage. „Erstens müssen mehr und nicht weniger Wohnungen gebaut werden. In einigen Regionen ist der Wohnungsmangel bereits Realität. Zweitens stützt eine Umweltzulage für den Wohnungsbau den Mittelstand effektiver als andere Maßnahmen, weil die Tätigkeiten direkt vor Ort geleistet werden. Drittens fördert die Umweltzulage sinnvolle Investitionen, weil neu errichtete Wohnungen nicht nur energieeffizient, sondern dann auch seniorengerecht gestaltet werden. Mit einer Umweltzulage für den Wohnungsbau kann die Politik zeigen, dass sie sich den großen Herausforderungen der Zukunft stellt.“

Die vollständigen Ergebnisse der Bauprognose 2009 und weitere Informationen zum Nachhaltigen Wohnungsbau finden Sie unter:

[www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

**Pressekontakt:**

Christof Fiscoeder

Weber Shandwick

Tel: 030-20351-10

Fax: 030-20351-29

E-Mail: [cfiscoeder@webershandwick.com](mailto:cfiscoeder@webershandwick.com)

**Über die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau e.V. (DGfM)**

Die DGfM ist der Dachverband der Mauerstein erzeugenden Industrien. Die Gesellschaft vertritt die gemeinschaftlichen Interessen des Mauerwerksbaus. Rund 80 Prozent aller Wandkonstruktionen im deutschen Wohnungsbau werden im Mauerwerk errichtet. Als Wirtschaftsverband wahrt die DGfM die Interessen ihrer Mitglieder etwa gegenüber Bauordnungsbehörden und nimmt technisch wissenschaftliche Aufgaben sowie die technische Interessenvertretung im Bereich der nationalen und europäischen Normung wahr. Derzeit repräsentiert die DGfM 225 Firmen mit einem Jahresumsatz von über 1,1 Milliarden Euro.